Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 113 | Donnerstag, den 25. April 1935 | Jahrgang 1935

Tagesrundschau.

Die neue polnische Verfassung.

Am Dienstagabend ist in einer feierlichen Kundgebung im alten Warschauer Königsschloß die neue polnische Verfassung in Kraft gesetzt worden. Sie ersetzt in der Praxis weniger die **alte** demokratische Verfassung vom 17. März 1921, da diese schon seit Mai 1926, als Marschall Pilsudski mit seinen Legionären sein Regime begründete, keine Geltung mehr hat. Vielmehr hat dieses Regime nunmehr nach fast neunjährigem Kampf um die innere Neugestaltung des polnischen Staates die endgültige Rechtsform erhalten. Wie die offiziöse „Gazeta Polska" aus diesem Anlaß bemerkt, handelt es sich aber nicht nur um die Schaffung neuer Rechtsnormen, die Polen eine starke Führung sichern, sondern zugleich auch um die Schaffung von Leitsätzen, nach denen sich die Staatsführung richten soll. Die neue Verfassung, schreibt das Blatt, stürze nicht nur die aus der französischen Revolution vererbte Phrase von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern beseitige auch die alte Tradition, nach der politische Rechte aus der Geburt und nicht aus den Verdiensten des einzelnen Bürgers abgeleitet worden seien. Mit der neuen Verfassung beginne eine neue Periode, deren Aufgabe es sei, einen neuen Menschen und eine neue Gesellschaft in Polen zu schaffen, die die dem polnischen Charakter eigentümlichen Tugenden fördere und die ihm eigentümlichen Fehler unterdrücke. Die wesentlichen Bestimmungen dieser Verfassung sind folgende: Die Regierung behält den autoritären Charakter, den sie durch Pilsudski bekommen hat. Die Machtfülle des Staatspräsidenten wird erhöht, aber die Verantwortung des Volkes für den Staat wird nicht ganz vernichtet. Das Parlament wird vom Einfluß auf die Regierungsbildung praktisch ausgeschaltet, in der Gesetzgebung auf das Recht bloßer Mitwirkung beschränkt und im übrigen vor allem mit der Kontrolle des Staatshaushalts beschäftigt. Doch bleibt die Ministerverantwortlichkeit gegenüber Sejm und Senat bestehen, so daß die künftige Zusammensetzung dieser beiden Körperschaften politisch keineswegs bedeutungslos wird. Die neue Verfassung regelt diese Frage bisher nur in einigen allgemeinen Rahmenbestimmungen. Es wird nicht mehr nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, aber das Wahlrecht zum Sejm bleibt allgemein, gleich, direkt und geheim. Für den Senat wird ein solches Prinzip nicht aufgestellt. Erst die Wahlordnung, die Mitte Mai noch vom alten Parlament, aber bereits auf Grund der neuen Verfassung verabschiedet werden soll, wird die Einzelheiten festlegen. Nach dem bereits bekannten Entwurf dieser Wahlordnung sollen die Kandidaten zum Sejm nicht mehr von den Parteien, sondern von örtlichen Ausschüssen aufgestellt werden, auf deren Zusammensetzung die Organen der Selbstverwaltung und der Wirtschaft bestimmender Einfluß eingeräumt wird. Das Wahlalter soll auf 24 Jahre heraufgesetzt werden. Das Wahlrecht zum Senat, dessen Rechte durch die neue Verfassung gegenüber denen des Sejm verstärkt werden, soll nur ein kleiner Kreis von Staatsbürgern erhalten, die besonderen Ansprüchen genügen. Zunächst war hierbei an die Inhaber der beiden höchsten polnischen Kriegsorden gedacht, doch ist man hiervon im Verlauf der Verfassungsberatung abgekommen. Es scheint, daß jetzt das Wahlrecht zum Senat von einem höheren Bildungsgrad abhängig gemacht werden soll. Gewählt werden überdies nur zwei Drittel der Senatoren; ein Drittel wird vom Staatspräsidenten ernannt. Die bisherigen Oppositionsparteien und auch die nationalen Minderheiten werden durch die Neuordnung politisch so gut wie ausgeschaltet, da die Ablösung der jetzt herrschenden Richtung, des sogenannten Regierungslagers, von der Macht im Rahmen des neuen Staatsrechts kaum mehr möglich erscheint. Der Name „Polnische Republik" ist durch die Bezeichnung „Polnischer Staat" ersetzt worden. Alles in allem krönt die Verfassung die Lebensarbeit des Marschalls Pilsudski. Der Staat hat jetzt über seine Zeit hinaus die Form, die er ihm zu geben wünschte, um Polen vor inneren Erschütterungen zu bewahren.

*

Die künftige Ausbildung der Philologen.

Seit der Ankündigung des Reichserziehungsministers Rust, daß vom nächsten Jahre an jeder, der Philologie studieren wolle, zuvor die Hochschule für Lehrerbildung besuchen müsse, wird begreiflicher Weise in den beruflich beteiligten Kreisen die Frage lebhaft erörtert, wie künftig die Ausbildung der Lehrer an höheren Schulen gestaltet werden soll. Besondere Aufmerksamkeit wird der pädagogischen Seite der Ausbildung zugewandt und betont, es sei notwendig, daß sie gemeinsam mit der pädagogischen Ausbildung aller Lehrer vorgenommen werden müsse. Hierzu nimmt Ministerialdirigent Dr. Löpelmann in der „Monatsschrift für die höhere Schule" das Wort. Er schreibt:

„An der pädagogischen Ausbildung der Philologen ist bisher viel herumgenörgelt worden. Ich möchte hier nicht alte und uralte marxistische Ladenhüter zitieren. Leider ist man sich auch heute nie ganz sicher, daß solche verstaubten und angestoßenen Krämerwaren, neuaufgebügelt und womöglich noch mit dem Hakenkreuz versehen, mit marktschreierischer Beredsamkeit wieder feilgehalten werden. Sachlich kann es sich nur um die Beantwortung der Frage handeln, ob bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit mit der bisherigen pädagogischen Ausbildung des Philologen gebrochen werden muß oder nicht. Bei näherer Betrachtung wird sich dabei von selbst ergeben, daß wir allerdings neue Wege gehen müssen. Wenn auf einem Gebiet Theorien grau waren, so waren sie in der Pädagogik aschgrau. Dieses Aschgrau, das übrigens in den pädagogischen Vorlesungen an der Universität genau so vorherrschte wie an den Bildungsstätten der Volksschullehrer, bedrückte den zukünftigen Lehrer so, daß er schließlich zu der Erkenntnis kommen mußte: man muß zum Lehrer geboren sein, lernen kann man das nicht! ... Jedenfalls steht auch die gesamte pädagogische Ausbildung des Lehrers an der höheren Schule unter dem Begriff der Fachausbildung, d. h. der Spezialausbildung, die heutigen Tages so große Anforderungen an den einzelnen stellt, daß aus den oben angeführten Gründen kaum Zeit sein dürfte, ihn auch mit Gebieten bekanntzumachen, die außerhalb seines eigentlichen Wirkungskreises liegen. Es wäre wohl schön, wenn er einen Kindergartenbetrieb kennenlernte, wenn er eine Zeitlang an einer Volksschule oder Mittelschule oder auch an einer Berufsschule tätig sein könnte. Das würde freilich seinen Gesichtskreis weiten, aber in seinem Berufe könnte ihn das kaum fördern, ja hemmen."

Hiernach wird also nicht daran gedacht, daß der künftige Studienrat sich zunächst als Volksschullehrer betätigen soll. Wir betonten auch schon, als wir uns am 12. April an dieser Stelle mit der Frage beschäftigten, daß das eingangs angeführte Wort des Ministers nicht notwendigerweise zu besagen brauche, daß erst das Bestehen der Volksschullehrerprüfung den Philologen das Tor der Universität öffne. Sucht man aber die Aeußerung des Ministers und die Darlegungen des Ministerialdirigenten Löpelmann auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so bleibt übrig, daß für den Philologen der Besuch der Hochschule für Lehrerbildung dem Studium an der Universität demnächst vorangehen wird. Wie der Studiengang im einzelnen geplant ist, insbesondere an wieviel Semester auf der Hochschule und ob mit oder ohne Abschlußprüfung gedacht wird, darüber liegt noch keine authentische Erklärung vor.

Die Bergsturz-Katastrophe im Wendelsteingebirge

Die Erdmassen dringen weiter vor. — Der Tatzelwurm bedroht.

Die Gefahr wächst.

+ **München**, 24. April.

Der Bergrutsch im Wendelstein-Gebirge in der Nähe des Tatzelwurms ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Katastrophe bedroht eines der schönsten Täler der bayrischen Alpen mit Zerstörung. Große Teile des 1600 Meter hohen, von reichen Almen überzogenen Berges zwischen Oberaudorf am Inn und Bayrisch-Zell, die in Bewegung gerieten, waren auch am Mittwoch nachmittag noch nicht zum Stillstand gekommen. Zwar bewegten sich die Erdmassen wesentlich langsamer vorwärts als am Vortage, doch ist durch den Mittwoch nachmittag niedergegangenen ergiebigen Gewitterregen die Lage noch bedrohlicher geworden.

Der Gassenbach, der in den größeren Auerbach mündet, ist in einer Länge von zwei Kilometern vollkommen angefüllt, und die gewaltige Mure begräbt jetzt das Haupttal des Auerbachs.

Der durch die Schneeschmelze beträchtlich angewachsene Auerbach staut sich hinter der von der Seite eindringenden Mure zu einem See aus, der hinter einem riesigen Wall abgestürzter Felsblöcke, gewaltiger, entwurzelter Tannen sich langsam talabwärts schiebt.

Das obere Auerbach-Tal schließt eine wilde, sagenumwobene Schlucht ab, durch die der Bach sein Wasser über die berühmten 70 Meter hohen Gumpai-Fälle in das untere Auerbachtal hinabschleudert. Nur mehr wenige hundert Meter vor dieser Schlucht steht zur Stunde die Mure. Ueber die Fälle schießt eine breitige braune Masse, 20 bis 30 Meter hohe Riesentannen und Felsblöcke in die Tiefe stürzend. Die Betonbrücke über die Fälle, die letzte Verbindung, die zwischen Oberaudorf und Bayrisch-Zell noch besteht, ist schon von der Masse völlig begraben, vielleicht schon weggerissen.

Hier droht die größte Gefahr, wenn die Gesteinsmassen, die zur Zeit schon über 1½ Millionen Kubikmeter betragen, durch diese Enge brechen und in die Tiefe stürzen, weil eine ungeheure Flut- und Erdwelle das ganze untere Auerbachtal bis hinaus zu dem 2½ Stunden entfernten Kurort Oberaudorf zerstört. In diesem romantischen Tal liegen alte Bauernhöfe, Mühlen und gegen das Ende zu Gasthöfe und Hotels, die schwer bedroht sind. Besonders bedroht ist auch der durch ein Gedicht von Viktor von Scheffel berühmt gewordene Gasthof „Zum feurigen Tatzelwurm", der dicht neben den Gumpaifällen liegt.

Eine Hilfe ist vorerst nicht möglich.

Der abgebrochene Berg besteht aus Lehm und stark zersplittertem Felsschutt. Das Wasser der letzten Regenfälle und der einsetzenden Schneeschmelze hat die unterirdischen Quelle zu Strömen verstärkt und einen Teil des Berges von seinem Untergrund abgelöst. Aus allen Fugen des Erdabbruchs gurgelt und springt das Wasser empor, stellenweise sprudelt es unter gewaltigem Druck wie ein Brunnen aus dem Erdinnern.

Hier ist vorerst jede Hilfe unmöglich. Stürzende Felsblöcke und plötzlich umstürzende Bäume bedrohen jeden, der näher zu kommen versucht.

Die Ursache des Bergrutsches.

Das Wendelsteingebirge ist ein Teil der bayrischen Kalkalpen. Kalk hat die Eigenschaft, durch Kohlensäure völlig aufgelöst zu werden. Nun führt der Regen immer Spuren von Kohlensäure mit sich, so daß die Kalkgebirge langsam aber sicher durch die jahraus jahrein niederstürzenden atmosphärischen Niederschläge zerstört werden. Sie „verwittern", wie der Fachausdruck lautet. Jeder Bergsteiger weiß, wie morsch und brüchig das Kalkgestein oben auf den Gipfelgraten ist. Jeder Schritt setzt oft ganze Steinlawinen in Bewegung, so daß tischgroße Blöcke in die Tiefe poltern, denen Bäche von Grus und Kalkgeriesel nachstürzen. Darum ist auch nirgends der Steinschlag so gefährlich wie in Kalkgebirgen.

Der Wendelstein bildet bei Bayrisch Zell eine Steilwand. Wenn nun im Frühjahr, wie jetzt Gefrieren in der Nacht und Auftauen am Tage ununterbrochen miteinander abwechseln, kommt zu der chemischen Zersetzung durch das Regenwasser die gewaltige zertrümmernde Kraft des Spaltenfrostes. Das Wasser dringt in die feinsten Spalten und Klüfte des Berges ein. Beim Frieren vergrößert sich das Volumen und treibt die Gesteinsmassen mit unwiderstehlicher Kraft aus-

Wie wählt das südslawische Volk?

Vier Listen stehen bei der Parlamentswahl zur Abstimmung.

Der Aufmarsch der Parteien.

○ **Belgrad**, 24. April.

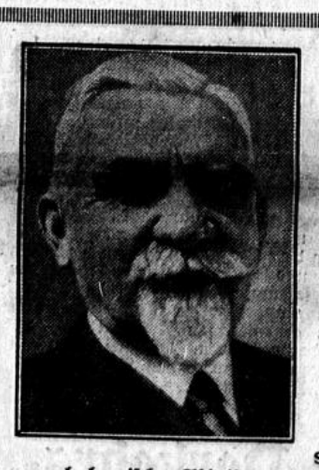
Jugoslawien, das sich mitten in einem inneren politischen Wandlungsprozeß befindet, rüstet sich zum ersten Wahlkampf seit langen Jahren. Der Aufmarsch der Parteien für die am 5. Mai stattfindenden Parlamentswahlen ist beendet. Dem Kassationsgerichtshof in Belgrad wurden bis zu den Osterfeiertagen sechs Listen vorgelegt, von denen vier bestätigt und zwei aus formalen Gründen verworfen wurden. Zu den abgelehnten Listen gehört die der sozialistischen Partei. Man nimmt an, daß sie beabsichtigte Formfehler enthält, um bei den Wahlen die Schwäche der Partei nicht offenkundig werden zu lassen. Die zweite abgelehnte Liste betrifft die sogenannte südslawische Volkspartei, der aus Versehen einige schwere Formfehler unterlaufen waren. Bestätigt sind dagegen die Regierungsliste des Ministerpräsidenten Jeftitsch und die Liste der vereinigten Oppositionsparteien mit dem Kroaten Dr. Matschek an der Spitze. Zwischen diesen beiden Listen wird sich zweifellos der Hauptkampf bei den Wahlen abspielen. Auf der oppositionellen Liste haben sich die ehemaligen parlamentarischen Parteien der serbischen Demokraten, der serbischen Landwirte, der bosnischen Muselmanen und der kroatischen Volkspartei zusammengeschlossen. Bestätigt wurde ferner die Liste der Ljotitsch-Gruppe, deren Programm die Forderung nach dem Ständestaat vertritt, sowie die Liste des ehemaligen von Jeftitsch ausgebooteten Ministers Maximowitsch, der auf sich die Stimmen des unzufriedenen Uzunowitsch-Flügels der Regierungspartei vereinigen dürfte. Matimowitsch und Ljotitsch sind als Konkurrenten der Regierungsliste zu betrachten, der wiederum der Staatsapparat und die Presse zur Verfügung steht. Der Wahl, bei der die Stimmabgabe öffentlich und mündlich durchgeführt werden muß, sieht man mit außerordentlicher Spannung entgegen. Voraussagen für den Ausgang der Wahl lassen sich bei der Unklarheit der gegenwärtigen innerpolitischen Struktur Jugoslawiens kaum machen. Die Regierung, deren Liste bereits eine relative Mehrheit der Stimmen drei Fünftel der Mandate sichert, läßt in den Wahlreden der Minister den konstruktiven Charakter ihrer Politik betonen, die das Erbe des großen Königs treulich hüte. Sie bekämpft vor allem die Liste Matscheks als eine „negative", ja „staatsfeindliche" Opposition. Ob eine solche Inverruferklärung, die den Kampf gegen die Staatseinrichtung mit dem Kampf gegen den südslawischen Staat gleichsetzt, nach dem 5. Mai als sehr glücklich empfunden werden wird, bleibe dahingestellt. Die Anhänger der Liste Matscheks sind jedenfalls sehr optimistisch. In ihr haben sich alle Gegner des gegenwärtigen Regierungssystems zusammengefunden.

Zehntausende vor dem Peters-Dom in Erwartung des päpstlichen Segens.



Scherl (M)

Zum sechsten Male seit der Aussöhnung zwischen dem Vatikan und dem italienischen Staat erteilte Papst Pius XI. nach dem feierlichen Hochamt von der Loggia des St. Peters-Domes aus urbi et orbi den Ostersegen. Man sieht die nach Zehntausenden zählende Menschenmenge auf dem Petersplatz und im Hintergrund in der Mitte des Domes die Loggia, von der aus der Papst den Segen erteilte.



Scherl M.

Der neue bulgarische Ministerpräsident.

Der König von Bulgarien beauftragte den ehemaligen Gesandten Andrej Tosceff mit der Bildung eines neuen Kabinetts, das Tosceff im Laufe der Feiertage bildete. Die neue Regierung Tosceff wird als ein Kabinett des besonderen Vertrauens des Königs bezeichnet. Tosceff hat bereits die Freilassung der verbannten ehemaligen Ministerpräsidenten Zankoff und Georgieff angeordnet.

etwander, so daß der Zusammenhang fehlt, wenn das Wasser wieder auftaut.

Verwitterung und Spaltenfrost, das sind die beiden Naturgewalten, die einen Bergrutsch verursachen. Wenn an Steilhängen der Zusammenhalt der Gesteinsmassen vernichtet ist, die oberen Lagen unterwaschen sind, so geraten sie ins Rutschen und gleiten auf ihrer Unterlage zu Tal, verheerend und zerstörend.

Bergsturz auch in Tirol.

DNB **Innsbruck, 24. April.**

Die durch das schöne Wetter der letzten Tage hervorgerufene starke Schneeschmelze hat in verschiedenen Teilen Tirols zu schweren Mur-Brüchen geführt. Vom Sonnwendjoch ging ein gewaltiger Bergsturz nieder, durch den im Gemeindegebiet von Münster ein Bauernhaus, ein Sägewerk und zwei Mühlen verschüttet wurden. Da die Gebäude schon vorher geräumt worden waren, sind keine Menschenopfer zu beklagen. Außerordentlich groß sind die durch den Bergsturz angerichteten Flurschäden. Im Gemeindegebiet von Nauders sind ebenfalls zahlreiche Erdstürze vorgekommen, durch die mehrere Felder vollkommen verschüttet wurden.

Lawinenunglück bei Oberstdorf.

DNB **Oberstdorf, 24. April.**

Am Osterdienstag ereignete sich in der Nähe der Spielmannsau bei Oberstdorf ein schweres Lawinenunglück. Auf dem Rückweg vom Heuholen begaben sich vier Arbeiter, da sie Durst hatten, in einen am Weg liegenden Tobel. Beim Wasserschöpfen hörten sie das Donnern einer Lawine. Alle vier wurden von den Schneemassen verschüttet. Einer der Arbeiter konnte sich selbst befreien und holte Hilfe. Nach halbstündiger Arbeit konnte noch ein Verschütteter geborgen werden. Inzwischen hatten sich auch eine Rettungsmannschaft und Sanitäter an der Unglücksstelle eingefunden, die die Suche aufnahmen. Aber erst abends gelang es, die beiden Verschütteten vier Meter tief unter den Schneemassen aufzufinden. Der Tod war bei beiden durch Ersticken eingetreten.

41 Stunden lebendig begraben.

DNB **Salzburg, 24. April.**

Zu Ostern wurden zwei Skifahrer namens Tolschnigg und Eduard Emautaler aus Bischofshofen auf dem Großvenediger von einer Lawine erfaßt. Die beiden Skifahrer hatten noch die Geistesgegenwart, ihre Stöcke durch die über ihnen lagernden Schneemassen zu stoßen. Teilnehmer einer militärischen Uebung bemerkten zwei Tage später die herausragenden Skispitzen und gruben nach. Sie konnten die beiden Verschütteten bewußtlos aber noch lebend bergen. Die Verunglückten haben 41 Stunden unter den Schneemassen gelegen. Sie haben schwere Erfrierungen erlitten, sind aber außer Lebensgefahr.

Die Revisionsansprüche der Türkei.

Der Kampf um eine entmilitarisierte Zone.

£ **London, 24. April.**

Das hochgespannte Interesse der Weltöffentlichkeit an dem Verlauf der letzten Ratstagung in Genf, die sich mit der Beschwerde Frankreichs gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit befaßte, ließ einen anderen, politisch hochinteressanten Vorgang während dieser Tagung vielfach unbeachtet: den Vorstoß des türkischen Völkerbundsvertreters und derzeitigen Ratspräsidenten bezüglich der Dardanellenfrage. Die Türkei meldet hier ihren Revisionsanspruch gegenüber dem Friedensvertrag von Serres an und gegenüber den militärischen Klauseln des später abgeschlossenen Meerengen-Abkommens von Lausanne im Jahre 1923. Die türkische Regierung hält es aus Gründen der nationalen Ehre und Sicherheit für unmöglich, sich auf die Dauer mit einem Verbot der Befestigung der Dardanellen abzufinden. Ebenso wie der englische Außenminister in Genf sofort sich sehr erregt zu dem Vorstoß der Türkei aussprach, so findet auch in der englischen Presse die Türkei mit ihren Revisionswünschen kein sehr freundliches Echo.

„Times" lehnt in einem Leitartikel die in Genf erneut erhobene Forderung der Türkei auf Befestigung der Dardanellen energisch ab. Es sei kein Zweifel, so sagt das Blatt, daß die türkische Regierung die Dardanellenfrage bald förmlich aufwerfen werde. Den Vorwand dafür werde die geplante Wiederherstellung der militärischen Gleichberechtigung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens bieten.

Man könne jedoch unmöglich einen logischen Zusammenhang zwischen diesen beiden Fragen entdecken. Oesterreich, Ungarn und Bulgarien könnten mit gutem Grund die Anerkennung der militärischen Gleichberechtigung mit den Nachbarstaaten fordern. Die Türkei habe jedoch im Gegensatz zu diesen Staaten keinen aufgezwungenen Friedensvertrag unterzeichnet, da der Lausanner Vertrag nach langen und zähen Verhandlungen abgeschlossen worden sei. Selbst wenn eine Wiederaufrüstung des unmittelbaren Nachbarstaates Bulgarien zugestanden wäre, sei kein Anlaß zu einer Befestigung der Dardanellen vorhanden, denn die Türkei und Bulgarien seien nicht nur durch die Völkerbundssatzung, sondern auch durch ein im Vertrag von Lausanne angehängtes Sonderabkommen und durch einen gegenseitigen Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag gebunden. Auch sei ein wirklicher Widerspruch zwischen den nationalen Belangen der Türkei und Bulgarien nicht zu entdecken. Außerdem habe die Türkei ein größeres Heer und eine größere Bevölkerung als Bulgarien. In der Tat bestehe kein einleuchtender Grund, weshalb die englische, französische und italienische Regierung irgendeine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes an den Dardanellen begrüßen sollten. „Er ist eine vorläufige Lösung einer internationalen Frage, die vielleicht nicht endgültig gelöst werden kann. Solche vorläufigen Lösungen sind aber oft erstaunlich dauerhaft." Die Dardanellen-Frage berühre nicht nur Sowjetrußland, die Türkei und die Mittelmeermächte, sondern jeden Staat, der die Donau-Wasserstraße benutze. Jeder dieser Staaten solle eine Stimme bei den Besprechungen haben. Es bestehe kein Grund, warum die durch die deutsche Wiederaufrüstung geschaffene „internationale Beunruhigung und Besorgnis" die Westmächte veranlassen sollte, einer Aenderung zuzustimmen, die sie eines Tages bereuen könnten.

Die Türkei gibt nicht nach.

DNB **Istanbul, 24. April.**

Die Zeitung „Milliyet" greift in einem Leitartikel wiederum die türkische Forderung auf Revision der militärischen Klauseln des Vertrages von Lausanne auf und stellt fest, daß die gleichlautenden Klauseln der anderen Friedensverträge bald der Geschichte angehören werden, so daß es ganz in der Ordnung gewesen sei, wenn der türkische Außenminister in Genf die Ansprüche der Türkei angemeldet habe. Nachdem man schon dabei sei, die einseitigen Rüstungsbeschränkungen abzustellen, müsse man auch der Türkei das gleiche Recht zugestehen. Man wisse nicht, ob es in der Meerengenfrage zu einem Mittelmeer-Locarno kommen werde. Es sei aber sicher, daß der gegenwärtige anormale Zustand von der Türkei nicht mehr länger ertragen werden könne. Die Türkei sei sich dessen bewußt, daß die Freiheit der Durchfahrt durch die Meerengen erhalten bleiben müsse, jedoch dürften die Großmächte nicht vergessen, daß diese Meerengen die Türkei in zwei Teile trennten und daher eine lebenswichtige Angelegenheit für die Türkei darstellten.

Die Türkei verlange das Recht, die Meerengen wieder befestigen zu dürfen im Namen der eigenen Sicherheit, und sie sei davon überzeugt, daß niemand ihr dieses höchste Recht, das der Selbstverteidigung, das jeder Nation heilig sei, bestreiten könne.

Die übrigen Zeitungen drücken sich ähnlich aus und lassen erkennen, daß die Türkei fest entschlossen ist, ihr Recht auf unbeschränkte Verteidigung durchzusetzen, wobei offensichtlich aus taktischen außenpolitischen Gründen das Wort „Revision" vermieden wird.

Das Verkehrs-Chaos in Sowjetrußland.

Verkehrskommissar Kaganowitsch verlangt „unbedingte Achtung vor den Signalen".

„So geht's nicht weiter!"

DNB **Moskau, 24. April.**

Die amtliche sowjetrussische Telegraphen-Agentur veröffentlicht jetzt den Wortlaut der grundsätzlichen Ausführungen, die der Verkehrskommissar Kaganowitsch vor einiger Zeit auf der großen Sonderkonferenz der Eisenbahnfunktionäre in Anwesenheit von Stalin und sämtlicher Volkskommissare gehalten hat und in denen er die Mißwirtschaft auf den Eisenbahnen der Sowjetunion scharf geißelte.

Ausgehend von der ernsten Mahnung Stalins auf dem 17. Parteikongreß, daß „das Transportwesen in der Sowjetunion einen schmalen Pfad bilde, auf dem die Sowjetwirtschaft und vor allem der gesamte Warenverkehr bereits zu stolpern begonnen habe", stellte der Verkehrskommissar fest, daß bedauerlicherweise die Eisenbahner diese Worte nicht beherzigten und den Ernst der Lage bisher noch keineswegs begriffen hätten. Wir müssen gestehen, daß die Arbeit auf den Sowjetbahnen, wie sie bis jetzt gehandhabt wird, so unter keinen Umständen weitergehen kann. Eine fühlbare Aenderung im Kampf gegen die endauernden Eisenbahnkatastrophen ist noch nicht eingetreten. Das schlimmste Uebel besteht darin, daß keine Kontrolle über die Durchführung der erlassenen Anordnungen vorhanden ist. Von jetzt ab wird den Präsidenten der Eisenbahndirektionen zur unbedingten Pflicht gemacht, sich bei Eisenbahnunfällen sofort an die Unfallstelle zu begeben, um die Untersuchung der Ursachen persönlich zu leiten und sich nicht nur mit rein bürokratisch abgefaßten Zeugenberichten zu begnügen. Auch muß jeder der höheren Eisenbahnbeamten selbst imstande sein, einen Hilfszug an die Unglücksstelle zu führen.

Strengste Bestrafung kündigt sodann der Verkehrsdiktator denjenigen an, die etwa aus Furcht vor Bestrafung das Bekanntwerden von Eisenbahnunfällen verheimlichen. Solche Vergehen werden als Betrug am Verkehrskommissariat, an der Partei und an der gesamten Sowjetunion angesehen werden und die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person und ihrer früheren Verdienste mit allen der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden.

In noch üblerem Zustande als die Haupt- und Nebenbahnen des Verkehrskommissariates befinden sich, wie Kaganowitsch hervorhob, die Anschlußbahnen der Industriebezirke. Auf diesen dem Volkskommissariat für Schwerindustrie unterstehenden Industriebahnen wurde eine unbeschreibliche Mißwirtschaft festgestellt und der Volkskommissar Ordschonikidse aufgefordert, hier endlich Ordnung zu schaffen.

Täglich, so sagt Kaganowitsch zum Schluß seiner stundenlangen Ausführungen, erhalte das Verkehrskommissariat unzählige Meldungen vom Ueberfahren der Haltesignale. Jedem Lokomotivführer müsse eine unbedingte Achtung vor den Signalen eingeprägt werden. Unter keinen Umständen sei es zulässig, daß der Maschinist zu diskutieren beginne und dann eigenmächtig beschließe, das Haltesignal zu überfahren, weil er vielleicht von der von einigen Stationen geübten Unsitte Kenntnis habe, das Haltesignal zu setzen, damit das Bahnhofspersonal geruhsamer arbeiten könne.

Der vergeßliche Weichensteller.

Wieder ein Eisenbahnunglück in Sowjetrußland, 21 Waggons zertrümmert.

DNB **Moskau, 24. April.**

Wie aus Artomowsk gemeldet wird, ereignete sich im Bahnhof Jama auf der Donez-Eisenbahn ein Zusammenstoß, bei dem 21 Waggons zertrümmert wurden. Ob bei der Katastrophe Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest.

Dieses neue Eisenbahnunglück in der Sowjetunion, in der ein Eisenbahnunglück das andere jagt, ist auf folgende Umstände zurückzuführen: Auf dem Bahnhof Jama hielt ein Zug, als das Herannahen eines anderen Zuges von der benachbarten Station gemeldet wurde. Der Weichensteller erhielt den Befehl, den einlaufenden Zug auf ein Nebengleis zu leiten. Inzwischen war aber der Weichensteller mit dem Maschinisten einer ebenfalls dort haltenden Lokomotive in einen Wortwechsel geraten und hatte den Dienstauftrag, die Weiche umzustellen, vollkommen vergessen, als der angekündigte Zug heranbrauste und mit Volldampf in den haltenden Zug hineinfuhr.

Dies ist bereits das vierte Eisenbahnunglück, das sich im April allein auf der Station Jama ereignet hat.

Kinderelend in Moskau.

DNB **Moskau, 24. April.**

Die Moskauer Stadtverwaltung gibt bekannt, daß sie einen neuen Kampf gegen die unbeaufsichtigten Kinder eröffnet habe, die zu Tausenden und Zehntausenden die Stadt bevölkern. Im Verlauf verschiedener Razzien seien allein in den letzten 20 Tagen des März 1202 herrenlose Kinder angehalten worden, die z. T. auf den Eisenbahn- und Straßenbahnpuffern, auf den Trittbrettern usw. von Stadtteil zu Stadtteil fuhren und die unter Brücken usw. übernachteten. In den meisten Fällen konnten die Eltern dieser Kinder ausfindig gemacht werden. Sie haben strenge Verweise erhalten.

Insgesamt sind in der gleichen Zeit in Moskau in nicht weniger als 11 315 Fällen die Eltern wegen mangelhafter Beaufsichtigung der Kinder, wegen verschiedener Vergehen der Kinder usw. polizeilich verwarnt worden. Ein Teil der Kinder mußte, da sie nichts von ihren Eltern wußten, den staatlichen Kinderheimen zugeführt werden.

Der Kampf gegen den Krebs.

Eröffnung der 59. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie.

Die neuen Aufgaben des deutschen Arztes.

DNB **Berlin, 24. April.**

Im Langenbeck-Virchow-Haus wurde am Mittwoch mittag die 59. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie eröffnet. Die Tagung dauert bis zum 27. April.

Der Reichsärzteführer Dr. Wagner

gab seiner Freude darüber Ausdruck, an der Tagung persönlich teilnehmen zu können. Er wies auf die Folgen unseres nationalsozialistischen Umbruches für die Stellung und die Aufgaben des Arztes in Volk und Staat hin. Im Vordergrund stehe gerade für den Arzt die Erkenntnis, daß der ihm anvertraute Patient nicht nur ein Einzelindividuum darstellt, sondern ein Teil des Volksganzen sei. Der Begriff des unpolitischen Menschen gehöre der Vergangenheit an; deshalb werde auch an jeden Arzt die Forderung gestellt, in positivem oder negativem Sinne zu den Fragen des politischen Lebens Stellung zu nehmen. Der Reichsärzteführer gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß jeder deutsche Arzt sich seiner Pflichten gegenüber Volk und Staat bewußt sein werde. Auf die aktuellen Fragen im Streite der Meinungen zwischen Schulmedizin und der sozialen biologischen Medizin eingehend, sagte der Reichsärzteführer, man dürfe nicht etwa alles kritiklos hinnehmen, was jetzt an biologischen und sogenannten biologischen Heilmethoden angeboten werde. Es müsse aber eine Brücke zwischen Schulmedizin und biologischer Richtung geschlagen werden zum Aufbau einer neuen deutschen Heilkunde. Dann werde auch der Arzt das nötige Vertrauen im Volke wiedergewinnen.

Der Vorsitzende, Prof. Magnus-Berlin,

begrüßte neben den Gästen und Mitgliedern in besonders herzlicher Weise die Sanitätsoffiziere des Heeres und der Marine. Die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie nehme mit dem ganzen Volke wärmsten Anteil an der Wiedererschaffung des Volksheeres durch den Führer und beglückwünschte die aktiven Kameraden zu den großen und schönen Aufgaben, die ihnen zufielen beim Ausbau der neugeschenkten allgemeinen Wehrpflicht. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Vorsitzende, daß kein Anlaß bestehe, von einer Krise in der Chirurgie zu sprechen. Mit besonderen Sorgen sehe die Aerztewelt auf die Erörterung der Krebsfrage, die absichtlich an den Anfang des Kongresses gestellt sei.

Je schwieriger die Technik dieser Wissenschaft sei, desto schärfer die Forderung, daß nur der bestgeschulte Arzt zur Behandlung des Krebses zugelassen sei und daß dem Heilpraktiker dieses Gebiet verschlossen bleiben müsse.

Der Kongreß, der Heinrich Braun unter den Toten des Jahres betrauere, werde in Dankbarkeit der Forschungen dieses Mannes gedenken. Aber auch Karl Ludwig Schleich sei dankbar zu nennen, auch er habe fruchtbar an der wichtigen Frage der örtlichen Betäubung mitgearbeitet. Die örtliche Betäubung sei heute ein wesentlicher Teil des chirurgischen Rüstzeuges, wenn auch natürlich die Narkose ihre große Bedeutung behalten werde, zumal in der Verletzungschirurgie.

Im weiteren Verlauf der Eröffnung überbrachte Staatssekretär Dr. Krohn die Grüße der Reichsregierung, die die Tagung mit Interesse und ihren besten Wünschen verfolge.

In dem Bewußtsein, daß die Chirurgie die Hauptwaffe im Kampf gegen den Krebs ist, hat der Vorsitzende die Geschwulstfrage an den Beginn der Tagung gelegt.

König-Würzburg steht in dem Krebsproblem drei Grundfragen:

1. Das rein örtliche Geschehen, das zur Geschwulstbildung führt.
2. Die Bereitschaft des Organismus zur Geschwulstbildung.
3. Die Abwehrvorgänge des Körpers gegen den Krebs.

Da die Bereitschaft zur Krebsbildung etwas Gegebenes ist, das sich unserem Einfluß entzieht, sind die beiden anderen Faktoren unseren ärztlichen Maßnahmen sehr wohl zugänglich. Der Chirurg kann nicht nur die örtliche Geschwulst entfernen, er kann auch dann, wenn der rein lokale Rahmen überschritten ist, durch geeignete Maßnahmen die Abwehrkräfte des Organismus steigern. Der Frühdiagnose und Frühoperation kommt der Hauptanteil in der Krebsbekämpfung zu.

Klein-Ludwigshafen berichtete über die Ergebnisse mehrjähriger Untersuchungen, aus denen hervorgehe, daß neben der allgemeinen Abwehrlage des Körpers, neben dem rein örtlichen Schaden noch ein zollfreies Agens bestehen bleibt, das zur Krebsbildung führt. Das bedeutet keine Entdeckung eines neuen Krebserregers, gibt aber als Folgerung aus einer Untersuchungsserie von 17 000 menschlichen Blutproben die Aussicht, daß es möglich erscheint, durch einfache Untersuchung des Blutes bei geringsten Fehlerquellen der Krebsfrage wesentlich näherzukommen. Damit wäre nicht nur die Gefährdung von Gesunden im Sinne drehender Krebsentstehung aufzudecken, es ergebe sich auch die Möglichkeit, latente Geschwulste und beginnende Krebse zu diagnostizieren, aber auch eine unbegründete Krebsfurcht bei negativem Ausfall der Keim-Reaktion zu bannen.

Wirbelsturm-Katastrophe in Thüringen.

Vier Gehöfte vernichtet.

DNB **Gera, 24. April.**

Ostthüringen wurde am Mittwoch nachmittag von einem Wirbelsturm heimgesucht, unter dem vor allem der etwa 40 Einwohner zählende Ort Birkigt schwer zu leiden hatte.

Von den fünf Gehöften des Ortes sind vier vollkommen dem Erdboden gleichgemacht. Die Häuser sind bis auf die Grundmauern zusammengebrochen.

Einrichtungsgegenstände und landwirtschaftliche Maschinen liegen weit zerstreut umher. Wie durch ein Wunder sind Menschenleben nicht zu beklagen.

Augenzeugen berichten, daß kurz vor 15,45 Uhr aus einer schwarzen Gewitterwolke unter ungeheurem Donnerrollen eine Windhose niederging und innerhalb weniger Minuten alles verwüstete. Noch ehe die Einwohner wußten, was eigentlich vor sich ging, war das Unglück geschehen.

Die oberen Stockwerke der Häuser wurden glatt abrasiert und von dem Sturm viele Meter weit fortgetragen. Ein vollkommen mit Stroh beladener großer Leiterwagen, der in einem 15 Meter langen Hof stand, wurde von einem Ende zum anderen geschleudert. Eine Hundehütte, in der mehrere Hunde Schutz gesucht hatten, flog über ein hohes Dach.

Auch die benachbarten Dörfer sind von dem Unwetter in Mitleidenschaft gezogen worden, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie Birkigt.

Der durch das Unwetter verursachte Schaden ist bei weitem noch nicht abzusehen.

Erdbeben auch in Iran.

Ueber 550 Todesopfer.

DNB **Bagdad, 24. April.**

In der Provinz Mazanderan in Iran (der neue Name für Persien) an der Südostküste des Kaspischen Meeres sind in den letzten Tagen mehrere Bezirke durch Erdstöße verwüstet worden. Die ersten Erschütterungen traten bereits Mitte des Monats auf. Sie nahmen später an Heftigkeit zu. Zahlreiche Häuser stürzten ein und begruben die Bewohner unter sich. Bisher sind über 280 Leichen geborgen worden. Die Nachforschungen werden unter den Ruinen der zusammengestürzten und vielfach in Brand geratenen Häuser fortgesetzt. Der Direktor des Gesundheitsamtes in Teheran hat eine Reise durch die am schlimmsten heimgesuchten Bezirke angetreten. Zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung ist ein nationaler Hilfsausschuß gebildet worden.

Zu dem Erdbebenunglück in der Provinz Mazanderan in Iran wird aus Teheran gemeldet, daß die Zahl der Toten bereits 550 überschritten habe und daß unter den Trümmern der zerstörten Städte und Dörfer noch Hunderte von Opfern begraben seien. In der Provinzhauptstadt Sari sowie in drei anderen Orten hätten die Erdstöße ganze Straßenzüge in ein Trümmerfeld verwandelt. Am Dienstag abend hätten neue Erdstöße die Bewohner von Mazanderan stark beunruhigt. Unter Leitung des Wohlfahrtsministeriums wurde eine Hilfsexpedition ausgerüstet, die Nahrungsmittel, Kleider und Verbandsstoffe in das Unglücksgebiet bringen soll.

Hitler an die Freikorpskämpfer.

DNB **Berlin, 24. April.**

Auf die Geburtstagswünsche des Verbandes der Vereinigten Baltikum- und Freikorpskämpfer hat der Führer und Reichskanzler dem Verbandsführer Major Bischoff seinen Dank und dabei den Kämpfern der letzten Front und den ersten Soldaten des Dritten Reiches, unter denen auch Albert Leo Schlageter gestritten hat, seine Grüße übermittelt.

Kardinal Pacelli in Trauer.

DNB **Rom, 23. April.**

Der Kardinalstaatssekretär, der am Mittwoch als päpstlicher Legat zu den Schlußfeiern des Heiligen Jahres sich nach Lourdes begab, hat am Ostermontag seinen Bruder Marchese Pacelli, einen der Hauptunterhändler für die Lateran-Verträge zur Aussöhnung zwischen Italien und der Kurie, durch den Tod verloren. Papst Pius XI. hat seinem Staatssekretär anläßlich des Empfangs der Abordnung, die mit dem päpstlichen Legaten nach Lourdes abreist, in herzlichen Worten seine Teilnahme ausgesprochen.

Nuntius Schioppa †

Am Dienstagmorgen ist im Haag der päpstliche Nuntius Msgr. L. Schioppa im 65. Lebensjahr gestorben.

Max Reinhardts Steuerschulden.

DNB **Salzburg, 24. April.**

Wegen einer Steuerschuld von 280000 Reichsmark hatte die deutsche Finanzbehörde die Sicherstellung von österreichischen Sachwerten des Professors Max Reinhardt, und zwar des Schlosses Leopoldskron bei Salzburg beantragt. Reinhardt hatte das Schloß 1919 erworben und kürzlich im freien Verkauf um eine Million Schilling angeboten. Reinhardt schuldet aber auch beträchtliche Summen an österreichischen Steuern, die Vorrang genießen. Es wurde deshalb eine amtliche Schätzung des Gesamtschloßanwesens vorgenommen, die einen Schätzwert von 350 000 Schillingen ergab. Hierbei konnte die Innneneinrichtung mit wertvollen Bildern und Antiquitäten sowie einer großen Bibliothek nicht in Betracht gezogen werden, da diese Gegenstände von Reinhardt bereits für 100 000 Schillinge verkauft worden sind. Bei dem geringen Wert, durch den die Steuerschulden nicht annähernd gedeckt werden, dürfte es kaum zu einer Versteigerung kommen, zumal auch unter den heutigen Verhältnissen kaum ein Käufer für das Schloß zu finden sein wird.

Die französisch-russischen Verhandlungen.

DNB **Paris, 24. April.**

Sämtliche Blätter verzeichnen eine von der Agentur Radio am Dienstag verbreitete Meldung, daß die Paraphierung des französisch-sowjetrussischen Abkommens in einigen Tagen zu erwarten sei, da die während der Ostertage fortgeführten Verhandlungen einen günstigen Verlauf genommen hätten.

Steine gegen einen Kraftwagen.

DNB **Warschau, 24. April.**

In der Nähe von Kielce wurde ein Kraftomnibus der staatlichen Verkehrslinie von einigen Fuhrleuten mit Steinen beworfen. Einer der Steine traf den Fahrer des Kraftomnibusses, so daß er bewußtlos zusammenbrach und der führerlose Wagen in den Straßengraben stürzte. Außer dem Fahrer wurden bei dem Unfall 11 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.